
Resolution für demokratische Grundwerte – gegen Rassismus, Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Der Landesverband der kommunalen Migrantenvvertretungen Baden-Württemberg LAKA ist besorgt über das Erstarken rechtsextremer Gruppierungen und die Zunahme rechtsextremer Taten sowie die zunehmende Bedrohung und Aggression gegen die Inhaberinnen und Inhaber öffentlicher Ämter. Hass und Gewalt sind keine Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit!

Rassismus, Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie z.B. Antiziganismus, Antisemitismus oder Islamfeindlichkeit jeglicher Art gefährden den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und schränken die Lebenswelten der Betroffenen ein. Die Verfassungsprinzipien in unserem Grundgesetz für ein freies und gerechtes Zusammenleben ziehen hier eindeutige Grenzen, welche von staatlicher Seite auch konsequent eingehalten und durchgesetzt werden müssen.

Unsere demokratische Grundordnung bietet allen Einwohnerinnen und Einwohnern Beteiligungschancen für die Mitgestaltung ihres persönlichen Umfeldes, der Gesellschaft und Politik. Der enge Zusammenhang zwischen demokratischen Grundrechten und einem selbstbestimmten Leben muss für Einwohnerinnen und Einwohnern dieses Landes erkennbar sein.

Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, für die demokratischen Grundwerte unseres Landes einzustehen und für den Schutz der betroffenen

Institutionen wie auch Personen zu sorgen. Des Weiteren fordern wir, die Demokratiebildung für Kinder und Jugendliche zu intensivieren, jedoch ebenso für alle Einwohnerinnen und Einwohnern des Landes. Die öffentlichen Mittel, die für Demokratiebildung zur Verfügung gestellt werden, sind aufzustocken und nicht abzubauen, wie es derzeit geschieht. Die Bemühungen von allen gesellschaftlichen Akteuren in diesem Bereich müssen intensiviert und von öffentlicher Seite ausreichend gefördert werden.

Das Partizipations- und Integrationsgesetz (PartIntG BW), das vor vier Jahren in Kraft trat und an dessen Erarbeitung der LAKA mitbeteiligt war, wird derzeit evaluiert. Der LAKA fordert eine entsprechende Beteiligung an dieser Evaluation. Ebenso rufen wir alle Einwohnerinnen und Einwohnern Baden-Württembergs auf, die Möglichkeiten des PartIntG BW zu diskutieren, zu nutzen und sich damit in die Weiterentwicklung des Gesetzes einzubringen.

Stuttgart, 26.10.2019